

11-14926
 des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7114 N

1994-09-22

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Haupt und Kollegen
 an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
 betreffend Lösungsmittelverordnung

Durch die neue Lösungsmittelverordnung kommt es in einigen Bereichen der Wirtschaft zu massiven finanziellen und organisatorischen Belastungen. So kommt es z.B. im Bereich der Schuhindustrie zu großen Belastungen durch den Einbau entsprechender Schutzvorrichtungen. Die betriebswirtschaftliche Beurteilung der entsprechenden Maßnahmen wird darüber hinaus dadurch erschwert, daß in einigen Anwendungsbereichen der jetzt verwendeten Lösungsmittel noch kein entsprechender Ersatz gefunden werden konnte.

Die umweltpolitische Notwendigkeit einer entsprechenden Reduktion von Lösungsmitteln wird in keinster Weise bezweifelt. Allerdings muß auch festgestellt werden, daß bei den entsprechenden Umstellungsmaßnahmen der Betriebe alle Maßnahmen getroffen werden müssen, damit es nicht zur ebenfalls unerwünschten Situation, einer drastischen Steigerung der Arbeitslosigkeit kommt. Dies vornehmlich in einem Bereich der Wirtschaft, der durch einen besonders hohen Anteil weiblicher Arbeitskräfte gekennzeichnet ist.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende

Anfrage:

1. Wurde die in Rede stehende Lösungsmittelverordnung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales bzw. dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten abgesprochen?
 - a. Wenn ja, warum wurden keine entsprechenden begleitenden Maßnahmen vorgesehen?
2. Werden/wurden vom Bundesministerium Umwelt, Jugend und Familie Unterstützungsmaßnahmen (Sonderprogramme etc.) vorgesehen, um Arbeitnehmer(Innen), die durch entsprechende Umstellungsmaßnahmen von Betrieben ihren Arbeitsplatz verloren haben, eine finanzielle Hilfestellung zu geben?
 - a. Wenn ja, welche Unterstützungen stehen diesen Arbeitnehmer(Innen) offen?
 - b. Wenn nein, wann werden entsprechende Unterstützungen verfügbar sein?
3. Sind Ihnen ähnlich gelagerte Fälle bekannt? /
 - a. Wenn ja, welche und wieviele Arbeitnehmer(Innen) sind davon betroffen?

Λ/σγσμτ/DVR:0717193